

Twistringen(s) – Die Stellungnahme der niedersächsischen Landesregierung zum „Gesetzentwurf zur Neugestaltung des niedersächsischen Rechts der Tageseinrichtungen für Kinder und der Kindertagespflege“ liest sich eigentlich ganz gut. Ist dort doch von aktuellen Qualitätsstandards und die dauerhafte Finanzierung der Kindertagespflege sowie die Erweiterung des gesetzlichen Fachkräftecatalogs des pädagogischen Betreuungspersonals die Rede. Doch dieser Entwurf scheint nur die Politikerinnen und Politiker zu erfreuen, nicht aber die, die es direkt betrifft. Deshalb haben viele Verbände und Institutionen, wie der ver.di, das katholische Büro Niedersachsen und die Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und nicht zuletzt die Erzieherinnen und Erzieher diesen Entwurf vehement abgelehnt.

Für Christel Büscherhoff, Leiterin der Kita St. Anna und ihre Mitarbeiterinnen ein Grund, sich mit einem Themenfenster bemerkbar zu machen. Auf bunten Plakaten stehen die kurz formulierten Forderungen „Mehr Personal“, „Fachberatung“, „Zeit fürs Zuhören“ und „Zeit zum Zuhören“. „Dieses Gesetz soll unserer Meinung nach still und leise in Corona-Zeiten durchgewunken werden“, erklärt sie ein wenig erbost. „Uns als Erzieherinnen macht der Entwurf fassungslos.“ Sie habe das Gefühl, von der Politik nicht wahrgenommen zu werden. Deshalb hat Büscherhoff in dieser Woche einen Protestbrief an die Eltern der 82 Kinder ihrer Kita verschickt. Inklusiv der Bitte, diesen Brief sowohl an Kultusminister Grant Henrik Tonne wie auch an den Landtagsabgeordneten Marcel Scharrelmann und sogar an Ministerpräsident Stephan Weil weiterzuleiten. „Damit die Herren sehen, wie viel Unmut hier herrscht.“

Seit 1993 arbeiten die Erzieherinnen und Erzieher nach dem alten KiTaG und eine Reform sei unbedingt notwendig. „Das sieht anscheinend die Politik genauso, nur ändern sie mit der Neuerung nichts“, fährt Büscherhoff fort. „Das, was wir den Kindern geben müssen und möchten, ist in dem Gesetzentwurf gar nicht berücksichtigt.“ Dabei habe vor allem die Pandemie gezeigt, wie wichtig und schön es sei, in kleinen Gruppen individuell arbeiten zu können. „Vor der Wahl in Niedersachsen wurden uns viele Versprechungen gemacht, wovon dann keine umgesetzt wurde“, so ihr Vorwurf an die Politik. Dabei wolle man lediglich, dass sich die Rahmenbedingungen ändern. Ein anderes Raumkonzept, kleinere Gruppen, ein bedarfsorientierter Personalschlüssel und das Thema Inklusion – die auch laut neuem KiTaG keinen Rechtsanspruch bekommt - all das müsse in dem neuen Gesetz verankert werden. „Sicher geht durch die unzähligen Kosten, die durch die Pandemie entstanden sind, nicht alles auf einmal“, so Büscherhoff weiter. Aber sie hoffe auf einen Stufenplan, „damit wir endlich ein Licht am Ende des Tunnels sehen.“ Schließlich haben sich zwar nicht die Kinder, wohl aber deren Umfeld in den letzten 30 Jahren stark verändert. Und somit sind auch die Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher stetig gestiegen. „Nur die Verfügungszeit, die wächst nicht mit.“ Ihren Traum und der ihrer rund 30 Mitarbeiterinnen mag sie gar nicht aussprechen. „Mehr Ausweich- und Ruheräume, eine Turnhalle, das wäre schön.“ Doch soweit gehen die Forderungen ihrer Kolleginnen und Kollegen, den Verbänden und Institutionen gar nicht. Nur eine Anpassung an die heutigen Zeiten, das sei ein Muss, damit der gesetzliche Bildungsauftrag für Kitas, der die Förderung von Bildung, Erziehung und Betreuung des Kindes umfasst, auch durchgeführt werden kann.